

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Drucker und Verleger: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Preis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M., durch den Briefträger ins Haus
geliefert das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 24. November.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 24. November.

Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, Reichsminister v. Bötticher u. A.
Die erste Beratung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien wird fortgesetzt.

Abg. Paasche (nl.) erklärt namens der Nationalen, dass dieselben die Verwerfung der Verträge an eine Kommission zustimmen. Aber nicht in dem Sinne, wie dies gestern der Abg. Völkert so glänzend ausgeführt habe, um — ihre Ansichten möglichst lange der Welt zu verheimlichen, sondern vielmehr in der Hoffnung, in der Kommission zu einer ehrlichen Verständigung zu kommen und auch bisherige Gegner der Verträge noch zu überzeugen. Auch seine Freunde wollten der Landwirtschaft keine neuen Opfer zumuthen, aber das gelte auch durch die Verträge nicht. Ein Fehler ist die bisherige Handelspolitik, so führt Völkert fort, jedenfalls nicht gewesen. Und ich bin überzeugt, dass unter denselben Umständen, wie vor zwei Jahren, auch heute noch sich eine Mehrheit für die Verträge mit Italien und Oesterreich finden würde. Sogar heute haben wir nun einmal heute die Handelsverträge und es hat deshalb heute auch gar keinen Zweck, der Regierung nachträglich deshalb Vorwürfe zu machen. Ich selbst hätte der Regierung einen Vorwurf nur insoweit zu machen, als sie uns nicht schon in der Denkschrift das Ziffern-Material vorgelegt hat, welches gestern der Herr Staatssekretär über die Entwicklung unserer Außenhandels in dem laufenden Jahre vortrug. Sehr bedauern muß ich das neueste Flugblatt des „Bundes der Landwirthe“, man erhält daraus den Eindruck, als wollten die Herren nur schreien und immer wieder nur schreien. Andererseits habe ich selbst gewiß Verständnis für die Noth der Landwirtschaft, und ich kann es deshalb nicht billigen, wenn Herr Richter gestern meinte, das, was der Herr Reichsminister zu Herrn v. Mantaußel gesagt, sei „das Mindeste“, was derselbe habe sagen können. Ein Recht auf Rente erlange ich für die Landwirtschaft nicht an, wohl aber ein Recht auf Gehör. Der Bauer ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens, und ich kann es daher nicht für gleichgültig halten, ob der Bauer seine Scholle verlassen muß. Den Schutz müssen wir erhalten, den wir heute für die Landwirtschaft haben. Aber mit diesen Verträgen nehmen wir auch den Landwirthen nichts von dem Schutze, den sie heute haben. Doch ich wiederhole, das Flugblatt des Bundes der Landwirthe übertriebt und schädigt deshalb nur die Interessen, die es fördern will. Insbesondere mißbraucht dieses Flugblatt die Statistik. Redner tritt zum Beweise dessen insbesondere die Zifferangaben jenes Flugblattes über unseren Handel mit Spanien entgegen und stimmt nicht darin zu, daß unsere Landwirtschaft zur Zeit der Unter- und von der Einfuhr rumänischer Weizen nicht Nachtheil, sondern sichtbaren Nutzen gehabt habe. Kurzum: der Bund der Landwirthe übertriebt in seinem Korrespondenzblatt außerordentlich stark. Im Einzelnen haben ja auch die vorliegenden Verträge manche Schwächen, im Ganzen aber seien dieselben so, daß sie von der großen Mehrheit seiner Fraktion angenommen werden würden. Unrichtig ist übrigens die geflügelte Behauptung des Grafen Limburg, daß sich unsere Regierung bei dem Vertrage mit Spanien unseres Spiritus-Exports als Kompensationsobjekt bediene hat. (Widerpruch rechts.) Ich sage aber schon heute, daß er keine Fremde nicht präjudizire hinsichtlich ihrer Stellung zu dem russischen Handelsvertrage. Dort liegen die Verhältnisse ganz anders, insbesondere hat Russland nicht die gute Goldwährung wie Rumänien.

Abg. Völkert (konf., Bund der Landwirthe) vertheilt die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe gegen die vom Vorredner und namentlich von Richter erhobenen Vorwürfe. Fehler und Versehen in Zifferangaben können überall einmal vor. Ganz unzutreffend sei die Mahnung Richters, der Bund solle wissenschaftlich mehr leisten, etwa so wie Herr Schulz-Napf. Was dieser leiste, wisse der Bund ohnehin ganz genau. Er gebe zu, daß der Bund agitatorisch vorgehe. Aber er erkenne nicht an, daß der Bund agitatorischer auftrete und mehr sage, als notwendig sei. Auch dem Staatssekretär gegenüber müsse er frei sein, daß der Bund übermäßig agitire; derselbe habe vielmehr die Lage der Landwirtschaft stets nur so dargestellt, wie sie wirklich sei. Die Handelsverträge hätten der Landwirtschaft nur geschadet. Der Bauer, auch der bisher nicht verschuldet gewesen, komme von Jahr zu Jahr rückwärts. Er hoffe, die Verträge würden vom Reichstag nicht angenommen werden, so lange sie eine Herabsetzung der Getreidezölle enthalten.

Reichsminister Graf Caprivi: Graf Limburg hat gestern gesagt über die Gleichgültigkeit der leitenden Stellen gegen die Landwirtschaft. Das war das Leitmotiv seiner Rede. In den Organen der Agrarier ist schon seit Monaten ein gehässiger Kampf gegen mich geführt worden, deshalb darf ich auch wohl den Vorwurf des Grafen Limburg, dem sich heute mit etwas anderen Worten auch Herr v. Paasche angeschlossen hat, als gegen mich persönlich gerichtet ansehen. Ich habe aber doch schon früher ausgeführt, welches Interesse ich für die Noth der Landwirtschaft habe. Deshalb überlaßt mich der Vorwurf des Grafen Limburg. Aus meiner ganzen Vergangenheit rechtfertigt sich dieser Vorwurf nicht, auch nicht aus meiner Thätigkeit als preussischer Ministerpräsident. Von mir als solchem ist ja auch das Rentengütergesetz ausgegangen, welches doch gewiß der Landwirtschaft dient! Ich kam nur wiederholen:

Ich schätze die Landwirtschaft hoch: sie erzieht Charaktere, sie giebt uns Soldaten! Wir müssen sie erhalten. Wenn sie uns nicht mehr Korn giebt, so wäre ein Zustand denkbar, wo uns die Nachbarn das Getreide absperrten und wir verlieren, ohne daß auch nur ein Schuß fällt! Sie stimmen mir zu. (Lachen rechts.) Ja, dann weiß ich aber nicht, weshalb sie mich überhaupt angreifen? Ich erkenne auch an, daß Personen, welche lange ein Gut haben — gleichviel ob Rittergut oder bäuerlich —, daß diese Familien für uns von hohem Werthe sind, und daß es uns nicht gleichgültig sein kann, ob sie ihre Scholle verlassen müssen. Oestreichen hat seiner Zeit vermöge der Kraft ihrer Besten zuerst die Fahne erhoben. Eine solche Provinz zu schädigen, muß uns gewiß fern liegen. Ich habe das besonders hervor, weil diese Provinz i. Z. zumeist gelistet und zumeist gelitten hat. Wer wollte eine solche Provinz schädigen? Aber wir haben den Kornzoll auf 31/2 Mark herabgesetzt, weil wir unsere Industrie erhalten und ihr Korn sichern mußten. Wäre ein anderes Mittel vorhanden gewesen, hätten wir es ergriffen. Ich will auf die Handelsverträge nicht näher eingehen. Aber ich muß doch sagen, daß derselben Ansicht, wie wir, auch noch ganz andere Leute gewesen sind, auch Landwirthe. Fürst Bismarck hat 1887 den Zoll für sehr hoch erklärt, und auch Graf Limburg hat damals vor jeder Uebertreibung gewarnt. (Weiter.) Ich habe es für sehr verständlich gehalten, als der Bund der Landwirthe zusammentrat. Ich habe die Bewegungen desselben verfolgt, um mich zu orientiren. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn man die Bewegung in die Waffen trägt, wenn nur der geistige Inhalt darnach ist. Aber ich habe in dem leitenden Blatte des Bundes Artikel gefunden ganz ohne Geist. (Weiter.) Ich erkenne an, was die Konservativen für die Militärvorlage gethan, und ich würde mich freuen, auch weiter mit ihnen zusammenzugehen zu können. Aber sie machen mir das unmöglich. Denn z. B. sagt ein Artikel jenes Blattes über die Militärvorlage: mit unserer Handelspolitik gegenüber Russland nützen wir uns kaum etwas so, als ob wir ihm zwei neue Armeekorps schafften! Darin liegt doch nicht die Spur einer sachlichen Behandlung der Handelsverträge. Herr v. Paasche hat ja vorher auch selbst zu, daß die Herren agitiren! Das mache ich ihnen weiter zum Vorwurf. Es ist das eine agitatorische Betriebsweise, die nicht mehr weiß, was konservativ ist. Ich habe Stahl gehört und seinen Grundsatze: Autorität, nicht Majorität! Jetzt aber drohen die Herren uns mit Majoritäten! Was ich ferner belege, das ist, daß die Interessen einzelner Gruppen von Interessenten dem Interesse der Allgemeinheit voransehen. Das ist bedauerlich. Ich will nicht sagen, daß Sie das beabsichtigen; aber Ihre agitatorische Art drängt Sie auf diesen Weg. Sie sagen: ich habe kein Ar. Aber obwohl ich kein Ar. habe, werde ich doch, das wiederhole ich, stets das Interesse der Landwirtschaft wahrnehmen. Sie haben den Epochen zum Schwungrad, den Epochen zum Motor Ihres machinellen Großbetriebes gemacht! Sie sagen: hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt! Aber wenn auch die Erde gut ist — hat dann der Bauer Geld? Er bekommt es doch erst von denen, die ihm Korn, Eier u. s. w. abkaufen. Wir können nicht ohne Landwirtschaft existiren, aber auch nicht mit ihr allein. Sie gehen von dem Grundsatze aus, daß es sich immer nur um die Landwirtschaft handeln kann. (Widerpruch v. Mantaußel.) Nun, es würde mir nicht schwer werden, dies auch aus dem heutigen Artikel der „Kreuzzeitung“ zu beweisen! (Sehr richtig! links.) Ich kann nicht umhin, noch Einzelnes zu erwähnen. Eine Eingabe beklagt die großen Verluste der Landwirtschaft durch Maul- und Klauenpest. Diese Verluste sind aber gar nicht vorhanden. Der betreffende Eingabe ist aufgeföhrt worden, Fälle angegeben, aber er hat darauf gar nicht geantwortet. (Weiter.) Auch alle Artikel über den Einfluß unserer Verträge mit Oesterreich auf die Ueberschwemmung Deutschlands mit verseuhtem Vieh aus Oesterreich leiden durchweg an dem Irrthum, daß sie nicht wissen, daß unser Seuchenvortrag mit Oesterreich nicht vom Februar 1892, sondern erst vom Februar 1893 datirt. Sie fragen über Verschuldung! Aber woran liegt diese? Einmal an den gestiegenen Güterpreisen. Dann weil wir aus einem selbstgenügenden Lande zu einem auf den Weltmarkt angewiesenen wurden. Ferner krankt die Landwirtschaft, weil wir jetzt importiren müssen. Auch weil es ihr an Arbeitern fehlt. Wir können doch aber die Arbeiter nicht mehr an die Scholle fesseln. Das dieses Kranksein der Landwirtschaft sich ändere, wird das Nachdenken der weissen Männer erfordern. Man wird vielleicht durch Agrar-, durch Kreditgesetzgebung Besserung schaffen können. Aber ich kann mich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Wirkung eine rasche sein werde. Mit kleinen Mitteln ist jedenfalls nicht zu helfen. Unbillig ist es, der Regierung einen Vorwurf zu machen, ehe man nicht selbst in der Lage ist, Mittel zur Abhilfe anzugeben. Und solche habe ich von den Herren noch nicht gehört. Ich werde mich nicht beirren lassen, das zu thun, was in dem Willen der verbündeten Regierungen liegt und was ich für Recht und billig halte. (Beifall.)

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) (wegen der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne nur schwer verständlich). Die Regierung müsse energischer vorgehen, wenn sie Erfolge erzielen will; mit der Politik der Kompromisse werde nichts erzielt. Auf der einen Seite bilde der Sozialismus, auf der anderen der Militarismus den Gemeinfeind einer gesunden Entwicklung. Niemand spreche von den Interessen der Arbeiter, deren Ernährung unter der Agrarpest schwer leidet, ja, die in ihrer Erwerbsfähigkeit durch theure Nahrungsmittel gehemmt werden. Entwickeln sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in der bisherigen Weise weiter, so erleben wir es vielleicht noch, daß die um Stumm sich zu einem wilden Kampfe wappenden wider die Arbeiter. Nichtig ist, daß die Einfuhr von Spirit nach Spanien bedeutend zurückgegangen ist; im Interesse der Kultur ist das kein Fehler, denn nicht bloss die Verbesserung spanischer Weine dient der deutsche Spirit, sondern auch zur Förderung der Traubencultur. Die Herren rechts, die so gern den Patriotismus im Munde führen, sollten doch bedenken, daß es wirtschaftlich keinen größeren Feind Russlands giebt, als Rumänien. Es scheint fast, als ob wir es hier bei den Konservativen mit einem Manöver zu thun haben, das bestimmt

ist, ein Vorgehen gegen den russischen Handelsvertrag zu liefern; die geflügelte Behauptung war eigentlich nur ein Scheingefecht mit Flagpatronen, bei dem es kaum auf einen ernstlichen Kampf gegen die Vorlagen ankommen sein kann, denn die Argumente waren unglücklich verkehrt und unlogisch. Redner giebt dann eine Statistik des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen; hier ist in der richtigsten Weise auf die Uebertreibung der Ziffern hingewiesen worden. Das Zunftthum ist überhaupt das Haupthinderniß unserer sozialen Entwicklung. Ein echter Zunftler mag die Steuern zwar nicht leiden, doch Uebertreibung nimmt er gern. (Weiter.) Die meisten privilegierten Zünfte haben den Betriebsunternehmer gewechselt. Der Zunftler hat den Betrieb an einen Brenner übertragen und begnügt sich, die Uebertreibung und den Pachtzins einzunehmen. Der soziale und ethische Verfall des Zunftthums, der so oft von den Konservativen betont wird, hat für uns keinen Pessimismus. Aus den Zunftgegenden stammen die Anhänger des Polizeistaats und der Bureaucratie; aus jenen Gegenden stammen die Offiziere und die Soldaten, welche ihr Vaterland beten. Gewiß mögen die Zunftfamilien durch große Ausgaben verhäubelt sein, aber wer fragt denn nach dem Nothstande des Arbeiters, der auf die Straße geworfen wird, wenn er keine Miete zahlen kann. Das Volk hat kein Interesse für die Zunft; es sagt sich: was den Bürgern gegeben wird, verschlingt die Zunft in einer Nacht am Roulletstisch und im Kasino. Wir werden für die Verträge und gegen die Kommissionsberatung stimmen, die wir für entbehrlich halten im Gegensatz zu Herrn Richter, dem vielleicht zu empfehlen wäre, die Vorlage an die Kommission für die Aufhebung des Seinfuhrzolls zu verweisen. (Große Heiterkeit.) Der uns feindliche Strömung werden die Konservativen nicht mehr lange folgen können; sie haben sich bereits zum Sozialismus bekehrt, einweilen freilich nur in der Form des Antisemitismus. Allein wer A. gesagt hat, muß auch B. sagen und im politischen A. B. C. folgt auf A. B. C. D. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) So bedenklich für die wirtschaftliche Entwicklung das Ausfallen und die Exportfähigkeit der Industrie ist, so protestire ich doch dagegen, daß durch die Verträge oder durch Zölle der Industrie Zuwendungen gemacht werden, während die Landwirtschaft geschädigt wird. (Bravo! rechts.) Auch für die Industrie ist der inländische Markt die Hauptsache; erst nach dessen Befriedigung kann an den Export gedacht werden. Heute handelt es sich darum, zunächst die Gefahr zu verhüten, daß ein Keil zwischen Industrie und Landwirtschaft getrieben wird. Redner bittet, die von der Landwirtschaft geltend gemachten Bedenken in der Kommission zu beraten und hofft, daß eine Verständigung über die Vorlagen auch mit den Vertretern der Landwirtschaft möglich sein wird. Wegen den Import deutschen Speises in Spanien herrscht dort unüberwindliche Aneignung. Die Verhältnisse wegen der einmündigen Konkurrenz bei unserer Landwirtschaft sind übertrieben. Industrie und Landwirtschaft haben hier gleiche Interessen.

Abg. Richter (fr. V.): Die großen Städte haben ebenfalls ein Interesse an der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft; Milch, Butter, Gemüse kommen nicht bloss aus der nächsten Umgebung in die Städte. Der Staat soll allerdings die Industrie nicht einseitig fördern, namentlich soll er die Eisenindustrie nicht übermäßig bevorzugen. Die Freundschaft zwischen Herrn v. Stumm und der Landwirtschaft ist gar nicht so weit her. Was sollen wir in der Kommission mit den Vorlagen? Wir halten die Vorlagen für eine notwendige Konsequenz des österreichischen und italienischen Handelsvertrages. Die konservative Partei hat ja auch in die provisorische Verlängerung der Verträge gewilligt, wie will sie es denn heute verweigern, die definitiven Verträge abzulehnen. Die Bevölkerung wächst in Deutschland jährlich um 500,000 Seelen. Es kam die Landwirtschaft auf die Dauer aber die notwendige Menge des Getreides nicht liefern; das hat eine fortgesetzte Steigerung der Einfuhr zur Folge und damit eine Steigerung der Zolleinnahmen, so daß schon in wenigen Jahren der anfängliche Ausfall an Getreidezöllen wieder eingeholt sein wird. Die Regierung hat denn auch die etatsmäßigen Zollsätze nicht niedriger angegeben, trotz des österreichischen Handelsvertrages, wie vor demselben. Schwankungen in der Einnahme sind auf die Unvollständigkeit zurückzuführen; wegen der Nachtheile, welche unsere Agrarier dabei gehabt haben, mögen diese unsere Herrgott anklagen, der eine so gute Erde gab und damit Getreideexporteuren, die nicht bloss an der Börse, sondern auch auf den großen Gütern sitzen, einen Strich durch die Rechnung machte. Wie man den Ausfall der preussischen Landtagswahl hier gegen die Regierungspolitik anführen kann, ist unverständlich; höchstens kann man in der Wahl so zahlreicher Landräthe ein Zeichen politischer Verimpfung erblicken. Die Handelsverträge sind sehr bedauerliche Anfänge einer Besserung unserer Handelspolitik. Die Regierung sollte nicht so ängstlich mit der Abneigung der gegenwärtigen Konzeption umgehen. Die Getreidezölle sollte man im Interesse der Konjunktur viel weiter herabsetzen. Zu Gunsten Rumaniens hätte man vielleicht eine weitere Herabsetzung des Maiszolls bewilligen können und dafür Zugeständnisse für unsere Industrie erhalten. Die Regierung steht in einem Kampfe mit Sonderinteressen und es ist schon viel werth, daß der Reichsminister dies erkannt hat. Der Reichstag würde es nicht wagen, die Verträge einfach abzulehnen.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, außerdem stehen kleinere Vorlagen und Anträge zur Beratung.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. November. Aus einer der hiesigen österreichischen Volkspartei nahe stehenden Quelle wird berichtet, daß keine Selbe an den Gerichten über eine angeblich geplante Vermählung des Prinzen von Neapel mit einer bairischen Prinzessin wahr ist. Hiernit wird auch die Unterstellung, daß der Besuch des Grafen Kalnoky in Moskau mit dem Heirathsprojekt zusammenhängt, widerlegt.

Während im Reichstage die Debatten über die Wiener Handelsverträge heftig geführt

werden, dauern die Beratungen zwischen den Delegirten beiderseits des deutsch-russischen Handelsvertrages fort. Man tritt in die dritte Sitzung des Vertragsentwurfs ein.

Der Senatorenkonvent des Reichstags hielt heute eine Sitzung ab. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, weil Präsident v. Loebe noch nicht aus Kiel wieder eingetroffen war. Vermuthlich wird sich eine Mehrheit dahin finden, daß gleich nach den Handelsverträgen erst der Etat zur Verhandlung gelangt.

Die freisinnige Volkspartei hat heute im Reichstage drei Anträge eingebracht:

1. auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Volksvertretungen.
2. auf Neueintheilung der Wahlkreise.
3. auf Neuordnung des Vereins- und Versammlungsgesetzes.

Morgen am 25. November, Vormittags 10 Uhr, treten, wie die „N. A. Z.“ erfährt, auf Veranlassung des Handelsministers hier die Ober- und Regierungs-Präsidenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein mit Vertretern von Handel und Industrie aus den preussischen Ostseehäfen zusammen, um über den voraussichtlichen Einfluß des Nord-Ostseehafens nach seiner Fertigstellung auf die Ostseehäfen zu diskutieren. Insbesondere soll auch die Frage in Betracht gezogen werden, ob und welche Vorkehrungen getroffen werden können, um den Nord-Ostseehafen für die Entwicklung der preussischen Ostseehäfen nutzbar zu machen.

Wie die „Pommerschen Volksblätter“ melden, fanden der Jar und sämtliche Großfürsten Beileidstelegramme an die Mutter des verstorbenen Grafen Hartmann.

Ueber die Stellung der antijeminitischen „Deutschen Reformpartei“ zu den Stenoverlagen sprach gestern Abend der Führer dieser Partei, der Reichstagsabgeordnete Dr. Bödel-Marburg, bei einer von ca. 1000 Personen besuchten Volksversammlung. Die Reformpartei werde die Tabakfabriksteuer ganz entschieden ablehnen. In ihrer Stelle schlägt die Partei eine Wehr- und eine Börsensteuer vor, die beide den Mittelstand nicht treffen. Bezüglich der vorgeschlagenen Weinsteuern verlangte die Partei eine Abänderung derselben, und zwar dahingehend, daß auf die ersten Sorten eine Flaschensteuer gelegt wird. In erster Linie aber wird die Reformpartei den Ausbau der Börsensteuer verlangen.

Die Nothwendigkeit einer starken Vermehrung der englischen Flotte wird jetzt von den britischen Reichsgedanken huldigen den Propaganden jenseits des Kanals der öffentlichen Meinung in allen möglichen Varianten vorkommend. Wenn möglich, soll selbst eine Mehrzahl von 20 Millionen Pfund Sterling gleich 400 Millionen Mark nicht scheitern. Wer angesichts dieser Zumuthung topfisch zurückweist, wird an den Ausspruch des berühmten Freihandelsmannes Cobden erinnert, daß England erforderlichen Falls gegen hundert Millionen und mehr auf Instandsetzung und Instandhaltung seiner Flotte, dieser Grundlage seiner ganzen Weltstellung, verwenden müsse — und vor diesem Argument freiden die rechnenden Steuerzahler meistens beschämt die Waffen. Grotesk, wie der Preiselzug zu Gunsten unauflösender englischer Flottenentwürfen mitunter geführt werden mag, so zeigt seine Verknüpfung doch von richtiger Erkenntniß des Volkstheaters, der bei aller behäbigen Nonchalance, womit er die Vorgänge auf dem Welttheater betrachtet, doch im Punkte der maritimen Ueberlegenheit Albions durchaus keinen Spah verliert und zu allen Opfern bereit ist, die gebracht werden müssen. Das Schwierige ist nur, die breite Masse des Volkes von dem gebieterischen Ernst der Lage zu überzeugen. Debatten über die Unzulänglichkeit der englischen Flotte finden seit dem 1. März im Parlament und in der Presse nicht Seltenes; sie haben aber in früherer Zeit die Tiefen der Volksseele unberührt gelassen, und gehen auch heute einwachen mehr in die Breite als in die Tiefe.

Ein Punkt der schwelenden Flottenkontroverse, der auch weitere Kreise interessieren dürfte, betrifft die Frage des Mannschaftepersonals. Es liegt auf der Hand, daß jede Vermehrung des Bestandes der englischen Kriegsflotte auch eine entsprechende Verstärkung des Schiffsbefehlshabers bedingt. Die Flottenreferenten haben diesen Punkt ziemlich inoffiziell auf den Kaufahrtschiffen und den Fischerbooten. Die Unzulänglichkeit des Personals auf den Handelsfahrzeu gen hat nun schon seit geraumer Zeit dazu geführt, daß fremdländische Matrosen, namentlich deutscher und skandinavischer Abkunft, zu einem wachsenden Prozentsatz auf englischen Schiffen fahren. Geht nun, England schritte wirklich zu einer Flottenvermehrung im großen Stil, was naturgemäß einen starken Abfluß englischer Seeleute von der Handels- zur Kriegsmarine nach sich ziehen müßte, so würde der Krieg für deutsche Seeleute, den leergeordneten Platz auf englischen Schiffen auszufüllen, um so größer werden, je mehr die jetzige auf dem heimischen Erwerbsleben lastende Depression ihren Einfluß auch auf das seemannische Gewerbe ausübt. Den deutschen Schiffahrtsinteressenten aber kamte mit einem solchen Abfluß einheimischer Arbeitskräfte nach England unmöglich gedient sein. Es wird sich also empfehlen, auf den Fortgang der englischen Flottenagitation ein wachsam Auge zu richten, um event. von den wirtschaftlichen Konsequenzen derselben nicht unvorbereitet getroffen zu werden.

Wie der Bundesrath früher gegenüber den Anregungen des Reichstags auf Errichtung eines Zolltariffamtes und auf Ueberlassung der endgültigen Entscheidung in Zollstreitigkeiten an die ordentlichen Gerichte eine ablehnende Stellung eingenommen hat, so hat er es auch, wie aus den neuerdings dem Reichstage zugehenden Entschlüssen hervorgeht, gegenüber den Wünschen auf Bezeichnung oder Entsendung einer Stelle, welche auf Verlangen Auskunft über die Zollfrage zu geben hätte, zu welchen bestimmte Waaren im deutschen Zollgebiete zugelassen werden. Die Gründe, welche den Bundesrath zu einer solchen ablehnenden Haltung in dieser Frage bewegen, dürften in der gesetzlichen Regelung unseres Zollwesens zu suchen sein. Wenn eine solche Auskunftstelle eingerichtet werden soll, so ist natürlich die Voraussetzung, daß ihre Entscheidungen endgültig sein sollen. Die Auslegung des Waarenverzeichnis zum Zolltariff steht aber lediglich dem Bundesrath zu, die Ausführung der Zollgesetze den Einzelregierungen. Es würde sich also, wenn eine solche, die endgültige Entscheidung in

Zollstreitigkeiten fallende Auskunft geschaffen werden soll, um eine Abgabe der Rechte der verbündeten Regierungen, ja theilweise um eine solche der Souveränitätsrechte der Einzelstaaten handeln. Darin liegen die Hauptschwierigkeiten für die Verwirklichung der Wünsche auf Abstellung der Zolltariffbestimmungen vorhanden sind. Nun wird, nachdem auch jetzt wieder der Beschluß des Bundesraths negativ ausgefallen ist, von einer Seite vorgeschlagen, besondere Auskunftsstellen bei sämtlichen Hauptzoll- und Hauptverwaltungen zu schaffen. Voraussetzung dabei ist natürlich, daß die dort gegebene Auskunft maßgebend sein und jeder anderen Auslegung der Tarifbestimmungen vorbeugen müßte. Der Vorschlag ist durchaus unzweckmäßig. Schon jetzt wird doch darüber geklagt, daß die Einfuhren an den verschiedenen Grenzollämtern zolltarifflich verschieden behandelt werden. Dieser Mifstand würde nicht bloß erweitert, sondern geradezu funktionirt werden, wenn jedes Hauptamt die Meinung zu besonderer endgültiger Auslegung des Zolltariffs ertheilt. Da ist es noch besser, der gegenwärtigen Zustand, der ja allerdings sehr viel zu wünschen übrig läßt, wird beibehalten. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, daß die Entschlüssen in Zollstreitigkeiten etwas mehr als bisher beschleunigt werden.

Die Schatten, die die künftige Papstwahl voransieht, werden immer sichtbar. Von einem römischen Prälaten wird eine Schrift angekündigt, die sich mit den künftigen „Papabilis“ des künftigen Kardinalkollegiums beschäftigt und dabei besonders die Kardinalerzbischofe Capelatro von Capua und Dismet von Cantania hervorheben soll. Ueber den letzteren ist wenig bekannt. Kardinal Capelatro hat früher für einen Vertreter des Ausgleiches mit Italien gegolten, doch beweist eine solche Vorgeschichte bei einem Kardinal für seine Stellungnahme als Papst nicht das Geringste. Auch die Wahl Less XIII. am 20. Februar 1878 hat bekanntlich damals für einen entschiedenen Sieg der vatikanischen Friedenspartei gegolten. — Sehr lebhaft war in der letzten Zeit die Thätigkeit des Kardinalstaatssekretärs Rampolla. Mit dem österreichisch-ungarischen Vizekanzler Reuter hatte er verschiedene Besprechungen, über die im Vatikan zwei Lesarten umflossen; nach der einen handelt es sich um Erörterungen über die Ministerzusammenkunft in Moskau, nach der anderen um die ungarische Kirchenfrage. In der letzteren soll die Kurie den Bischöfen bei fortwährendem Widerstande gegen die Zwölfe eine vorläufigere Sprache empfohlen haben. Auch mit dem russischen Geschäftsträger Staatsrath von Zebrowski hatte der Kardinal Rampolla mehrere Unterredungen, über deren Gegenstand bisher nur Vermuthungen umlaufen; da aber Russland der Kurie noch niemals in irgend einer Angelegenheit nachgegeben hat, wird es sich wohl um neue vatikanische Zugeständnisse an Russland, vermuthlich auf weitere Kosten des polnischen Katholizismus, handeln.

Kiel, 24. November. Se. Majestät der Kaiser sprach bei der Abfahrt dem Polizeimeister Vorey seine Anerkennung wegen dessen Vorgehen in der Spionageaffäre aus.

Se. königl. Hoheit Prinz Heinrich kehrt Sonntagabend Nacht hierher zurück.

Kiel, 24. November. Die gefrige Festtafel trug 106 Gedecke. Zur Rechten Se. Majestät des Kaisers saß Admiral Knorr, links Landesdirektor von Loebe. Letzterer brachte den Toast auf den Kaiser als auf den Markgrafen von Brandenburg aus. Se. Majestät der Kaiser toastete auf die Marine. Um 11 1/2 Uhr begab sich Se. Majestät ins Schloß.

Kiel, 24. November. Se. Majestät der Kaiser ist mit Se. königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich heute früh 8 Uhr nach der Gbörde abgereist. Der Kommandirende Admiral Frhr. v. d. Goltz ist um 9 Uhr 20 Minuten Vormittags nach Berlin zurückgereist.

Hamburg, 24. November. Der Sonderzug Se. Majestät des Kaisers, welcher heute Vormittag um 10 Uhr auf der Fahrt von Kiel nach der Gbörde Hamburg passirte, geriet am Damthorübergange in Gefahr, mit einem Steinwagen, der über das Geleise fuhr, zusammenzuknallen. Glücklicherweise gelang es dem dort postirten Beamten und dem Führer des Wagens die Pferde so anzutreiben, daß das Geleise wenige Sekunden vor Anlauf des Zuges, der am Damthor nicht gehalten, sondern mit unermindelter Geschwindigkeit dahinfuhr, frei wurde.

Thorn, 24. November. Aus Mährungen (Ostpreußen) wird gemeldet: Der im Frühjahr im Kirchdorf Sonnenborn nach der Kontrollversammlung vorgelommene blutige Tumult, bei welchem die Genarmen von der blanken Waffe Gebrauch machen mußten, hat jetzt seine gerichtliche Sühne gefunden. Das Schwurgericht verurtheilte die Räubersführer Maureggel und Schwarz und Schmidt und Pfeiffer Schulz aus Reußen wegen Landfriedensbruchs zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 9 und 3 Monaten Gefängniß. Mehrere der Rantionisten haben vom Militärgericht hohe Strafen erhalten.

Posen, 24. November. Die „Posener Zeit.“ meldet, daß der Fürstbischof von Kratau, Kardinal Dmasevski, Fürstbischof von Breslau u. Dr. Kopp, Bischof von Ermland, Dr. Thiel, und Weihbischof von Gnesen, Andrzejewicz, in der nächsten Woche in Posen zu einer Konferenz eintreffen werden.

Görlitz, 24. November. Der Zentralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland hat beschloffen, für den 3. und 4. Februar 1894 einen allgemeinen deutschen Kongreß für Jugend- und Volksspiele nach Berlin zu berufen. Die Staatsbehörden, die deutschen Städte, ärztliche, turnerische, pädagogische und gemeinnützige Vereine sollen aufgefordert werden, Vertreter zu diesem Kongreß, der ein öffentlicher sein wird, zu entsenden.

Jena, 24. November. Der Geheimen Justizrath, Oberlandesgerichtsrath Schwarz, ist gestorben.

Frankfurt a. M., 24. November. Dem Fortschreiten der Arbeiten zur Telephonverbindung zwischen Berlin und Frankfurt sind im Regierungsbezirk Kassel, durch Intervention des Landesdirektors, unerwartete Schwierigkeiten erwachsen. Während die Straßen Berlin-Hofgandern und Frankfurt-Siegershausen bereits fertig sind, wurde die Führung der Leitung zwischen Hohenhausen und Siegershausen durch die Forderung des Landesdirektors verhinert, die Postdirektion solle die Leitung acht Meter hoch über die Straßen

Original-Roman von Em. Heinrichs.

83)

Der Kranke fühlte instinkartig ihre Nähe und war unruhig, sobald sie ihn verlassen hatte, während Rant's schlechte Laune sich Gottfried gegenüber ganz unverhohlen äußerte, indem er ihn beschuldigte,

„Er wird mich nicht wiedererkennen," flüsterte ihm die Hoffnung zu, die aber zu trügerisch erschien, um ihn zu beruhigen. „Ich muß dem Hund in London das Maul stopfen," grübelte er

„Das ist, mit Ihrer Erlaubniß, gelinde gesagt, sehr sonderbar von Ihnen, Herr Doctor! — Ich hoffe stark darauf, Ihren Widerstand noch zu brechen, da ich eine Operation für nothwendig

Diese Aeußerung des Chirurgen mußte dem Doktor durch eine antwortenden Herren, der ihm in vielleicht Gleich schulden mochte, hinterbracht worden sein, weil sein Haß gegen den berühmten Arzt seitdem keine Grenzen kannte. Er war aber auch der Mann, sein Gedanken zu verbergen, und durch die Maske einer vollendeten Höflichkeit den Geheimrath zu täuschen. Da, er lud diesen sogar nach dem Niedhof ein, um den Entel noch einmal zu untersuchen und auf sein Gewissen zu erklären, ob wirklich Hoffnung auf Wiederherstellung durch eine Operation vorhanden sei.

Der Geheimrath, durch dieses Entgegenkommen

auf's angenehme beruht, nahm bereitwillig eine ernannte Untersuchung vor und äußerte sich auf die Frage in einer bestimmt bejahenden Weise, worauf Rant jene Einwilligung in sichere Aussicht stellte.

Am nächsten Tage durchlief die Schreckensunde die Stadt, daß der berühmte Gast in der letzten Nacht schwer erkrankt sei. — Man sprach von einer Uebergiftung und sah seinem Tode bereit entgegen. — Das Tagesblatt berichtete und nagelte, wie man zu sagen pflegt, die Vergiftung fest und bevor ein Widerspruch erscheinen konnte, hatten andere Blätter es schon weiter verbreitet, eine große Zeitung, welche über's Meer ging, selbstverständlich diese Sensationsnachricht aufgenommen und so war sie in das Bostoner Blatt gerathen.

Wenn nun auch nicht in der anfänglichen Uebertreibung, so war der Geheimrath doch so plötzlich erkrankt, daß ein derartiges Verhängniß so eher entstehen konnte, als man den jungen Feldmann noch in der Nacht hatte holen müssen und dieser mit allen Zeichen höchster Bekümmrung einen Boten mit einem Billet zu seinem Vater geschickt hatte, da der zweite Uebacher Arzt über Land gefahren war. Der Hypsitus, welcher sein Bein noch schonen mußte, hatte sich, ebenfalls sehr erregt, einen Wagen besorgen und sich nach der „Krone“ fahren lassen, was hier natürlich zu den schrecklichsten Vorstellungen und Befürchtungen Anlaß gegeben hatte, zumal ein Neßner, welcher frisches Wasser besorgen sollte, von dem jungen Feldmann bettig angefahren worden war, weil er das Wasserlassen hatte reinigen wollen.

((Fortsetzung folgt.))

zum Sonntag, den 26. November (Totenfest).
Schloßkirche:

Pianino, eleg. u. vorzgl. Ton, f. billig zu verk.
Mte Falkenwalderstr. 2, 3 Tr.

Verlag v. **B. Goeritz**, Braunschweig
Verlegeskatalog kostenfrei.

1000 Briefmarken, ca. 170 Sorten
60 „ — 100 verschiedene über-
seits 2,50 M. — 120 bessere
europäische 2,50 M. bei
G. Zeehmeyer, Nürnberg. Ankauf, Verkauf.

Riesen-Programm.
Auftreten der gesamten Künstler-Spezialitäten
ihren hervorragendsten Glanznummern.

Gertrud von Loden,
Erzählung aus der Schwedenzeit v. **C. Quandt**
3. Auflage, eleg. geb. *M.* 4.60.
Als Seitenstück dazu sei empfohlen:
Die Achten-Lini,
Novelle nach Motiven aus dem Künstlerleben, von
J. Dedekind, eleg. geb. *M.* 2.50.
Vom „**Quellwasser**“, der „**Conser-**
vativen Monatsschrift“ u. a. Zeit-
schriften a. wärmste empfohlen, eig-
nen sich beide Bücher unbedingt als
Familienlektüre
und dürfen deshalb als
Wellnachtsgeschenk
überall willkommen sein.
Verlag v. **B. Goeritz**, Braunschweig
Verlagskatalog kostenfrei.